

09.11.07

Fz

Verordnung**des Bundesministeriums
der Finanzen**

Zweite Verordnung zur Bestimmung eines Gebietes als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 6 des Abkommens vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete**A. Problem und Ziel**

Mit dem am 4. Juni 2004 unterzeichneten Dritten Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete (BGBl. 2004 II S. 1653; 2005 II S. 101) wurden die Voraussetzungen zur Errichtung grenzüberschreitender Gewerbegebiete im bilateralen Verhältnis zu den Niederlanden geschaffen. Die Städte Herzogenrath (Bundesrepublik Deutschland) und Kerkrade (Königreich der Niederlande) haben beantragt, das Gewerbegebiet „Eurode Business Center“ als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet zu bestimmen. Durch Notenwechsel vom 25. April/9. Mai 2007 haben die beiden Vertragsstaaten das Gewerbegebiet „Eurode Business Center“ als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Sinne des Abkommens bestimmt. Die durch den Notenwechsel geschlossene Vereinbarung bedarf für das Inkrafttreten der Umsetzung in innerstaatliches Recht.

B. Lösung

Erlass einer Verordnung des Bundesministeriums der Finanzen auf der Grundlage der bestehenden gesetzlichen Ermächtigung gemäß Artikel 80 Abs. 1 des Grundgesetzes

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand
Für die öffentlichen Haushalte ergeben sich keine nennenswerten Auswirkungen.
2. Vollzugsaufwand
Kein nennenswerter Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Keine

F. Bürokratiekosten

Durch den vorliegenden Verordnungsentwurf und die durch den Notenwechsel vom 25. April/9. Mai 2007 geschlossene Vereinbarung werden keine neuen Informationspflichten geschaffen und auch keine Informationspflichten verändert.

09.11.07

Fz

Verordnung

**des Bundesministeriums
der Finanzen**

Zweite Verordnung zur Bestimmung eines Gebietes als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 6 des Abkommens vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete

Der Chef des Bundeskanzleramtes

Berlin, den 8. November 2007

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ersten Bürgermeister
Ole von Beust

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die vom Bundesministerium der Finanzen zu erlassende

Zweite Verordnung zur Bestimmung eines Gebietes als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 6 des Abkommens vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Abs. 1 NKRG ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thomas de Maizière

Zweite Verordnung
zur Bestimmung eines Gebietes als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet
im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 6 des Abkommens vom 16. Juni 1959
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
sowie verschiedener sonstiger Steuern
und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete

Vom

2007

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2004 zu dem Dritten Zusatzprotokoll vom 4. Juni 2004 zum Abkommen vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete (BGBl. 2004 II S. 1653) verordnet das Bundesministerium der Finanzen:

Artikel 1

Die durch Notenwechsel vom 25. April/9. Mai 2007 geschlossene Vereinbarung über die Bestimmung des Gewerbegebietes „Eurode Business Center“, gelegen an der gemeinsamen Stadtgrenze der Städte Herzogenrath (Bundesrepublik Deutschland) und Kerkrade (Königreich der Niederlande), zu einem grenzüberschreitenden Gewerbegebiet im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 6 des Abkommens vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete (BGBl. 1960 II S. 1781) in der durch das Zusatzprotokoll vom 13. März 1980 (BGBl. 1980 II S. 1150), das Zweite Zusatzprotokoll vom 21. Mai 1991 (BGBl. 1991 II S. 1428) und das Dritte Zusatzprotokoll vom 4. Juni 2004 (BGBl. 2004 II S. 1653) geänderten Fassung wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Notenwechsel wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem die durch den Notenwechsel geschlossene Vereinbarung außer Kraft tritt.
- (3) Der Tag, an dem die durch den Notenwechsel geschlossene Vereinbarung in Kraft oder außer Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den

2007

Der Bundesminister der Finanzen

Begründung zur Verordnung

I. Allgemeiner Teil

Mit dem am 4. Juni 2004 unterzeichneten Dritten Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete wurden die Voraussetzungen zur Errichtung grenzüberschreitender Gewerbegebiete im bilateralen Verhältnis zu den Niederlanden geschaffen. Auf Antrag der Städte Herzogenrath (Bundesrepublik Deutschland) und Kerkrade (Königreich der Niederlande) wurde durch Notenwechsel vom 25. April/9. Mai 2007 das Gewerbegebiet „Eurode Business Center“ als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Sinne des Abkommens bestimmt.

Mit der Verordnung soll die durch den Notenwechsel geschlossene Vereinbarung in Kraft gesetzt werden.

Die Eingangsformel gibt im Einklang mit Artikel 80 Abs. 1 Satz 3 des Grundgesetzes die ermächtigende gesetzliche Bestimmung für den Erlass der Verordnung wieder.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Über diese Bestimmung wird die Vereinbarung in Anwendung der aufgeführten gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage in Kraft gesetzt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Absatz 2 legt den Zeitpunkt fest, an dem die Verordnung außer Kraft tritt.

Nach Absatz 3 ist der Zeitpunkt des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens der Verordnung im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die Verordnung bedarf entsprechend der gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage der Zustimmung des Bundesrates.

Schlussbemerkung

Die Änderung des bisherigen Rechtszustandes führt zu nur geringfügigen Mehr- oder Mindereinnahmen bei den betroffenen Steuern von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Höhe dieser Mehr- oder Mindereinnahmen lässt sich nicht schätzen. Die Wirtschaft wird durch diese Verordnung entlastet, da in den im grenzüberschreitenden Gewerbegebiet anzutreffenden Besteuerungsfällen eine eindeutige und regelmäßig vereinfachende Abgrenzung der Besteuerungsrechte auf die beiden Vertragsstaaten erfolgt.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von der Rechtsverordnung nicht zu erwarten.

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Den Haag, den 25. April 2007

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel 1 des Dritten Zusatzprotokolls vom 4. Juni 2004 zum Abkommen vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete folgende Vereinbarung zur Bestimmung eines Gewerbegebietes im Sinne des neuen Artikels 2 Absatz 1 des Abkommens vorzuschlagen:

1. Das grenzüberschreitende Gewerbegebiet „Eurode Business Center“ liegt an der gemeinsamen Stadtgrenze der Städte Herzogenrath (Bundesrepublik Deutschland) und Kerkrade (Königreich der Niederlande). Es wurde festgesetzt durch die Baugenehmigung der Stadt Herzogenrath vom 15. September 1999 und die Baugenehmigung der Gemeinde Kerkrade vom 20. Dezember 1999, genehmigt durch die Gedeputeerde Staten der Provincie Limburg am 10. November 1999. Die deutsch-niederländische Staatsgrenze ist ab Grenzpfahl Nr. 232A bis zur Mitte des Grenzwegs Nieuwstraat – Aachener Straße die gemeinsame Verfahrensgrenze dieser beiden Rechtspläne. Das grenzüberschreitende Gewerbegebiet wird gegenüber der sie umgebenden freien Landschaft und städtischen Umgebung durch die Verfahrensgrenzen der beiden Bauleitpläne nach außen abgegrenzt.

Aufgrund des Vorstehenden wird das oben beschriebene Gewerbegebiet „Eurode Business Center“ zu einem grenzüberschreitenden Gewerbegebiet im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Nummer 6 des Abkommens bestimmt.

2. Diese Bestimmung gilt für Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnen.
3. Diese Vereinbarung bleibt so lange in Kraft wie das Abkommen, sofern sie nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann die Vereinbarung auf diplomatischem Weg unter Einhaltung einer Frist von mindestens sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.
4. Diese Vereinbarung wird in deutscher und niederländischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich das Königreich der Niederlande mit den unter den Nummern 1 bis 4 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis des Königreichs der Niederlande zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Staaten bilden, die am ersten Tag des dritten Monats in Kraft tritt, nachdem die Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, dass die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Thomas Läufer

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
des Königreichs der Niederlande
Herrn
Maxime Verhagen
Den Haag

De Ambassadeur
van de Bondsrepubliek Duitsland

Den Haag, 25 april 2007

Mijnheer de Minister,

Ik heb de eer u namens de Bondsrepubliek Duitsland, gelet op artikel 1 van het Derde aanvullend protocol van 4 juni 2004 bij de Overeenkomst van 16 juni 1959 tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden tot het vermijden van dubbele belasting op het gebied van belastingen van het inkomen en van het vermogen alsmede van verscheidene andere belastingen en tot het regelen van andere aangelegenheden op belastinggebied, de volgende overeenkomst voor te stellen voor de aanwijzing van een bedrijventerrein als bedoeld in het nieuwe artikel 2, eerste lid, van de Overeenkomst:

1. Het grensoverschrijdende bedrijventerrein „Eurode Business Center“ ligt op de gezamenlijke gemeentegrens van de gemeenten Herzogenrath (Bondsrepubliek Duitsland) en Kerkrade (Koninkrijk der Nederlanden). Het terrein is vastgesteld bij de bouwvergunning van de gemeente Herzogenrath van 15 september 1999 en de bouwvergunning van de gemeente Kerkrade van 20 december 1999, goedgekeurd door Gedeputeerde Staten van de provincie Limburg op 10 november 1999. De Duits-Nederlandse landsgrens vormt vanaf grenspaal nr. 232A tot het midden van de grensweg Nieuwstraat – Aachener Straße de gemeenschappelijke kadastrale grens tussen beide bestemmingsplannen. Het grensoverschrijdende bedrijventerrein wordt ten opzichte van het omliggende onbebouwde landschap en stedelijke gebied naar buiten toe begrensd door de kadastrale grenzen van beide bestemmingsplannen.

Op grond van het vorenstaande wordt het bovenomschreven bedrijventerrein „Eurode Business Center“ aangewezen als grensoverschrijdend bedrijventerrein als bedoeld in artikel 2, eerste lid, onderdeel 6, van de Overeenkomst.

2. Deze aanwijzing geldt voor belastingjaren die op of na 1 januari 2007 aanvangen.
3. Deze overeenkomst blijft even lang van kracht als de Overeenkomst, tenzij deze overeenkomst door een Verdragsluitende Staat wordt opgezegd. Elke Verdragsluitende Staat kan, met inachtneming van een termijn van ten minste zes maanden, de overeenkomst langs diplomatieke weg tegen het einde van een kalenderjaar opzeggen.
4. Deze overeenkomst wordt gesloten in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Indien het Koninkrijk der Nederlanden verklaart in te stemmen met de onder de nummers 1 tot en met 4 gedane voorstellen, zullen deze brief en de antwoordbrief van uwe Excellentie, waarin de instemming van het Koninkrijk der Nederlanden tot uitdrukking wordt gebracht, een overeenkomst vormen tussen onze beide staten, die in werking treedt op de eerste dag van de derde maand nadat de Verdragsluitende Staten elkaar hebben medegedeeld dat aan de grondwettelijke voorwaarden voor de inwerkingtreding is voldaan. Bepalend is de dag van ontvangst van de laatste mededeling.

Sta mij toe, mijnheer de Minister, u te verzekeren van mijn zeer bijzondere hoogachting.

Dr. Thomas Läufer

Zijne Excellentie
De Minister van Buitenlandse Zaken
van het Koninkrijk der Nederlanden
drs. Maxime Verhagen
Den Haag

Minister van Buitenlandse Zaken

Den Haag, 9. Mai 2007

Herr Botschafter,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note Gz. Re-551.20 vom 25. April 2007 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass sich das Königreich der Niederlande mit den Vorschlägen der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Ihre Note und diese Antwortnote bilden somit eine Vereinbarung zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland, die am ersten Tag des dritten Monats in Kraft tritt, nachdem die Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, dass die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Maxime Verhagen

Seiner Exzellenz
Herrn Dr. Thomas Läufer
Der Botschafter der
Bundesrepublik Deutschland
Den Haag

Minister van Buitenlandse Zaken

Den Haag, 9 mei 2007

Excellentie,

Ik heb de eer de ontvangst te bevestigen van uw brief ref. Re-551.20 van 25 april 2007, die als volgt luidt:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ik heb de eer u mede te delen dat het Koninkrijk der Nederlanden verklaart te kunnen instemmen met de voorstellen van de Bondsrepubliek Duitsland, en dat Uw brief en deze antwoordbrief een overeenkomst vormen tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland, die in werking treedt op de eerste dag van de derde maand nadat de Verdragsluitende Staten elkaar hebben medegedeeld dat aan de grondwettelijke voorwaarden voor de inwerkingtreding is voldaan. Bepalend is de dag van ontvangst van de laatste mededeling.

Maxime Verhagen

Dr. Thomas Läufer
Ambassadeur van de
Bondsrepubliek Duitsland
Den Haag

Denkschrift zum Notenwechsel

I. Allgemeines

Das Dritte Zusatzprotokoll vom 4. Juni 2004 zum Abkommen vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete (nachfolgend als Drittes Zusatzprotokoll bezeichnet) ergänzt die Abkommensregelungen u. a. um Vorschriften zu grenzüberschreitenden Gewerbegebieten.

Artikel 1 des Dritten Zusatzprotokolls definiert ein grenzüberschreitendes Gewerbegebiet als ein räumlich abgeschlossenes Gebiet, das sich sowohl auf niederländisches als auch auf deutsches Hoheitsgebiet erstreckt und durch das die gemeinsame Grenze der beiden Vertragsstaaten verläuft, sofern die Vertragsstaaten das Gebiet einvernehmlich als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet bestimmt haben.

Die durch den Notenwechsel vom 25. April/9. Mai 2007 geschlossene völkerrechtliche Vereinbarung über die Bestimmung des Gewerbegebietes „Eurode Business Center“ als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Sinne des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens bedarf nach Artikel 2 des Gesetzes zu dem Dritten Zusatzprotokoll zum deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommen zur innerstaatlichen Umsetzung einer Rechtsverordnung.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen des Notenwechsels

Zu Nummer 1

Nummer 1 bestimmt das Gewerbegebiet „Eurode Business Center“ als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet

im Sinne des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens. Gemäß dem Erfordernis des Artikels 2 Satz 2 des Gesetzes zu dem Dritten Zusatzprotokoll zum deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommen wird die genaue räumliche Lage des Gebietes ausgewiesen.

Zu Nummer 2

Nummer 2 bestimmt den Zeitpunkt, ab dem das Gewerbegebiet „Eurode Business Center“ als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Sinne des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens gilt.

Zu Nummer 3

Nummer 3 enthält die Bestimmungen über die Dauer der Wirksamkeit, über eine mögliche Kündigung und über das Außerkrafttreten der völkerrechtlichen Vereinbarung.

Zu Nummer 4

Nummer 4 stellt klar, dass die Vereinbarung in deutscher und niederländischer Sprache geschlossen wird und beide Sprachfassungen gleichermaßen verbindlich sind.

Zur Schlussformel

Die Schlussformel enthält die Bestimmungen über die Ratifikation und das Inkrafttreten der Vereinbarung.

Danach tritt die Vereinbarung am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, nachdem die Vertragsstaaten einander mitgeteilt haben, dass die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend hierfür ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKR-Gesetz:

Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Bestimmung eines Gebietes als grenzüberschreitendes Gewerbegebiet im Sinne des Artikels 2 Abs. 1 Nr. 6 des Abkommens vom 16. Juni 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie verschiedener sonstiger Steuern und zur Regelung anderer Fragen auf steuerlichem Gebiete

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf der Verordnung auf Bürokratiekosten, die durch Informationspflichten begründet werden, geprüft.

Mit der Verordnung werden bei den betroffenen Unternehmen erhebliche Vereinfachungen erzielt.

Der Nationale Normenkontrollrat hat daher im Rahmen seines gesetzlichen Prüfungsauftrags keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Prof. Dr. Färber
Berichterstatteerin